



Österreichische Gesellschaft  
für Europapolitik

---

---

## Die Einstellung der Österreicherinnen und Österreicher zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union, zum Euro und zur internationalen Finanzkrise

---

Im Auftrag der **Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE)** hat die **Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft (SWS)** vom **11. November – 25. November 2008** eine österreichweite Telefon-Umfrage durchgeführt, um das Meinungsbild der Österreicherinnen und Österreicher zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union, zum Euro und zur internationalen Finanzkrise zu erheben.

Die Stichprobe umfasste die österreichische Bevölkerung ab 18 Jahren mit einer Quotierung der österreichischen Bundesländer.

*(Quelle: Tel SWS 182, November 2008, N = 1016.)*

---

*Wien, im Dezember 2008*

[www.euro-info.net](http://www.euro-info.net)  
[europa@euro-info.net](mailto:europa@euro-info.net)

*unterstützt durch*



österreichische  
**LOTTERIEN**



---

---

## Hauptergebnisse

### **Sollte Österreich, Ihrer Meinung nach Mitglied der Europäischen Union bleiben oder wieder austreten?**

Bleiben	78 %
Austreten	16 %
Weiß nicht / Keine Angabe	6 %

Vor dem Hintergrund der internationalen Finanzkrise hat sich die **Zustimmung zur Mitgliedschaft** in der Europäischen Union **stark verbessert**. 78 % der Befragten sind der Ansicht, dass unser Land EU-Mitglied bleiben sollte. Das ist der höchste Wert seit Juni/Juli 2002 (80 %) und **insgesamt der dritthöchste Wert** der Zustimmung in unserer Zeitreihe, die **seit dem Jahr 1995** besteht und 35 Umfragewerte umfasst.

Die Zahl jener Österreicher, die sich für einen **Austritt** aus der Europäischen Union aussprechen, ist auf **16 %** gefallen. Auch dies ist der niedrigste Wert seit Juni/Juli 2002 (14 %) und der **drittniedrigste Wert** in unserer Zeitreihe.

Die jüngsten Befragten (unter 25 Jahre) und Befragte mit Hochschulabschluss sind jene Gruppen, die die österreichische EU-Mitgliedschaft am stärksten befürworteten. Männer treten eher für die Mitgliedschaft unseres Landes ein als Frauen. In unserer aktuellen Umfrage scheint keine Befragungsgruppe auf, die sich mehrheitlich für den Austritt unseres Landes aus der Europäischen Union ausspricht.

### **Momentan steht die weltweite Finanz- und Bankenkrise im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Kann Österreich alleine die Folgen dieser weltweiten Wirtschaftskrise abfangen oder brauchen wir dazu die Europäische Union?**

Österreich kann das alleine	15 %
Wir brauchen dazu die Europäische Union	67 %
Niemand ist dazu in der Lage	9 %
Weiß nicht / Keine Angabe	9 %



Rund **zwei Drittel** der Österreicherinnen und Österreicher (67 %) sind der Ansicht, dass **nur mit Hilfe der Europäischen Union** die Folgen der weltweiten Finanz- und Bankenkrise bewältigt werden können. Dass **Österreich** dazu **alleine** in der Lage wäre, nehmen nur **15 %** der Befragten an. 9 % der Befragten hegen wenig Hoffnung, dass die gegenwärtige Krise überhaupt abgefangen werden kann.

In dieser Frage zeigt sich fast durch alle Befragungsgruppen ein recht einheitliches Bild. Es ist doch zu bemerken, dass mit höherem schulischen Ausbildungsgrad die Rolle der EU zur Bewältigung der Folgen der Finanzkrise deutlich positiver betrachtet wird. So meinen 81 % der Hochschulabsolventen, dass die Hilfe der Europäischen Union in dieser Frage vonnöten sei, dieser Meinung schließen sich jedoch nur 52 % der Befragten mit Pflichtschulabschluss an. Überdurchschnittlich wurde in letzterer Gruppe mit „weiß nicht“ geantwortet (16 %).

**Was sagen Sie zu folgender Aussage?**

***"Kleine Länder, die NICHT den Euro als Währung haben, wie zum Beispiel Ungarn, leiden viel stärker unter einem Vertrauensverlust als die Euro-Länder."***

Stimme voll zu	30 %	} <b>57 %</b>
<u>Stimme eher zu</u>	<u>27 %</u>	
Stimme eher nicht zu	16 %	} <b>29 %</b>
<u>Stimme gar nicht zu</u>	<u>13 %</u>	
Weiß nicht / Keine Angabe	14 %	

Der gemeinsamen europäischen Währung **Euro** wird angesichts der weltweiten Finanz- und Bankenkrise von den Österreicherinnen und Österreichern **starkes Vertrauen** entgegengebracht. Insgesamt 57 % der Befragten meinen, dass kleinere Länder, die nicht den Euro als Währung haben, unter einem größeren Vertrauensverlust leiden als jene Länder, die Mitglieder der Euro-Zone sind. 29 % der Befragten können sich dieser Aussage hingegen nicht anschließen.

Es sind vor allem die älteren Befragten (ab 51 Jahre), die dieser Aussage voll bzw. eher (zu rund zwei Drittel) zustimmen. In einem fast ebenso hohen Ausmaß teilen Universitätsabsolventen diese Meinung.



**In jenen Ländern, die den Euro als Währung haben, kann man beim Einkauf von Waren und der Bezahlung von Dienstleistungen wie Taxi, Hotel etc. leichter Preisvergleiche anstellen als früher bei verschiedenen Währungen. Dieser Vorteil ist ...**

sehr wichtig	22 %	} 65 %
wichtig	43 %	
weniger wichtig	21 %	} 33 %
unwichtig	12 %	
Weiß nicht / Keine Angabe	2 %	

Rund zwei Drittel der Österreicherinnen und Österreicher (65 %) sehen es als sehr wichtigen bzw. **wichtigen Vorteil** an, dass durch den Euro leichter **Preisvergleiche** beim Einkauf von Waren und der Bezahlung von Dienstleistungen möglich geworden sind. Ein Drittel der Befragten hält diesen Vorteil für weniger relevant bzw. für gänzlich unwichtig.

In dieser Frage zeigt sich quer durch alle Alters- und Ausbildungsgruppen ein recht einheitliches Meinungsbild.

**Wie werden die privaten Haushalte reagieren, wenn sie fürchten, dass es mit der Wirtschaft bergab geht? Werden sie sparen? Mehr konsumieren? Oder sich unverändert verhalten?**

Mehr sparen	73 %
Mehr konsumieren	7 %
Keine Verhaltensänderung	17 %
Weiß nicht / Keine Angabe	3 %

Die Krise der Finanz- und Bankenwirtschaft wird nach Ansicht eines überwiegenden Teils der Österreicherinnen und Österreicher dazu führen, dass sich die **privaten Haushalte** in größerem Maße auf das **Sparen** verlegen. Fast drei Viertel der Befragten (73 %) waren dieser Ansicht. Dass **mehr Konsum** die Antwort der privaten Haushalte wäre, nahmen demgegenüber nur 7 % an. Ein **knappes Fünftel** der Befragten (17 %) meint, dass die gegenwärtige Krise **keine Auswirkungen auf das Spar- bzw. Konsumverhalten** der privaten Haushalte mit sich bringen wird.



**Finden Sie es richtig, dass europaweit, aber auch in Österreich, Banken vor Zusammenbrüchen von der öffentlichen Hand abgesichert werden?**

Finde ich richtig	57 %
Finde ich nicht richtig	28 %
Weiß nicht / Keine Angabe	14 %

Eine Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher (57 %) hält es für richtig, dass die öffentliche Hand zur Rettung von Banken eingreift. 28 % halten diesen Weg für falsch.

**Einige Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind durch die Unterstützung der Banken von ihrem Grundsatz abgegangen, alles der freien Marktwirtschaft zu überlassen. Ist diese neue Politik, Ihrer Meinung nach richtig oder falsch?**

Richtig	47 %
Falsch	33 %
Weiß nicht / Keine Angabe	21 %

Knapp die Hälfte der von uns befragten Österreicherinnen und Österreicher (47 %) hält es angesichts der aktuellen Finanzkrise für richtig, dass einige Mitgliedstaaten – durch die Unterstützung der Banken – vom Grundsatz, alles der freien Marktwirtschaft zu überlassen, abgegangen sind. 33 % halten diesen Weg für falsch.

**Stimmen Sie folgender Behauptung eher zu oder eher nicht zu?**

*„Seit es die Krise der Finanz- und Realwirtschaft gibt, erkennen die Österreicher, wie wichtig die EU für uns ist.“*

Stimme voll zu	20 %	} 45 %
Stimme eher zu	25 %	
Stimme eher nicht zu	20 %	} 46 %
Stimme gar nicht zu	26 %	
Weiß nicht / Keine Angabe	9 %	



Österreichische Gesellschaft  
für Europapolitik

---

---

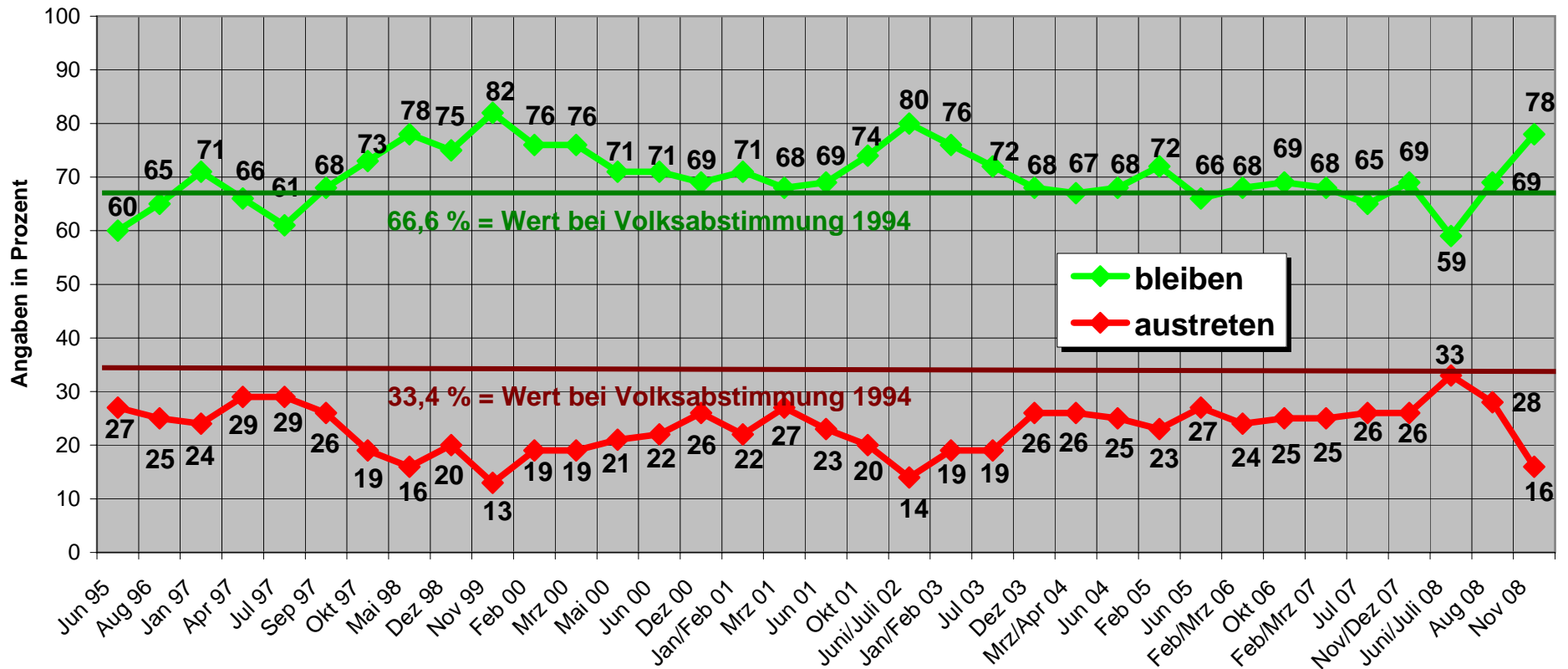
Welche Auswirkungen hat die aktuelle Krise der Finanz- und Realwirtschaft auf das Bild der Europäischen Union im Bewusstsein der Österreicherinnen und Österreicher?

**45 %** der Befragten stimmen in unserer aktuellen Studie der Behauptung zu, **dass die Österreicherinnen und Österreicher angesichts der Finanzkrise erkennen**, wie wichtig die Europäische Union für uns ist. Ein ungefähr gleich hoher Prozentsatz (**46 %**) kann sich dieser Aussage jedoch nicht anschließen und **meint, dass die Bedeutung der Europäischen Union vor dem Hintergrund der Finanzkrise von den Österreicherinnen und Österreichern nicht erkannt** wird.

**Siehe Grafikteil!**

© Copyright: ÖGfE 2008. Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht. Belegexemplar erbeten.

## Sollte Österreich, Ihrer Meinung nach, Mitglied der Europäischen Union bleiben oder wieder austreten?



SWS Telefonumfragen 1995 - 2008, N ~ 1000.

\* Wert Juni/Juli 2008: IFES, N = 1000.

Der Durchschnittswert der Zustimmung beträgt 70,17 %.

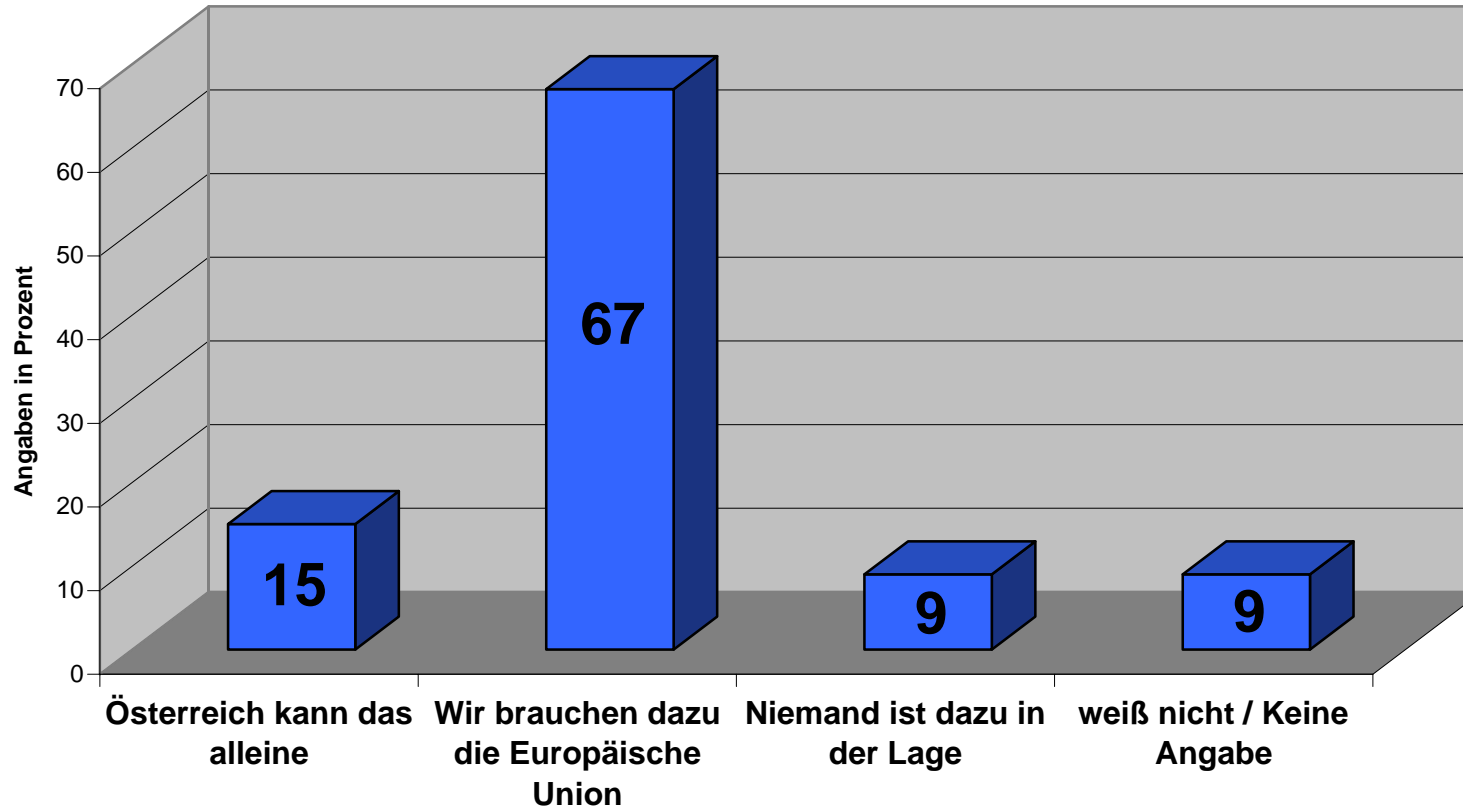
Der Durchschnittswert der Ablehnung beträgt 23,11 %.



Österreichische Gesellschaft  
für Europapolitik

[www.euro-info.net](http://www.euro-info.net)  
[europa@euro-info.net](mailto:europa@euro-info.net)

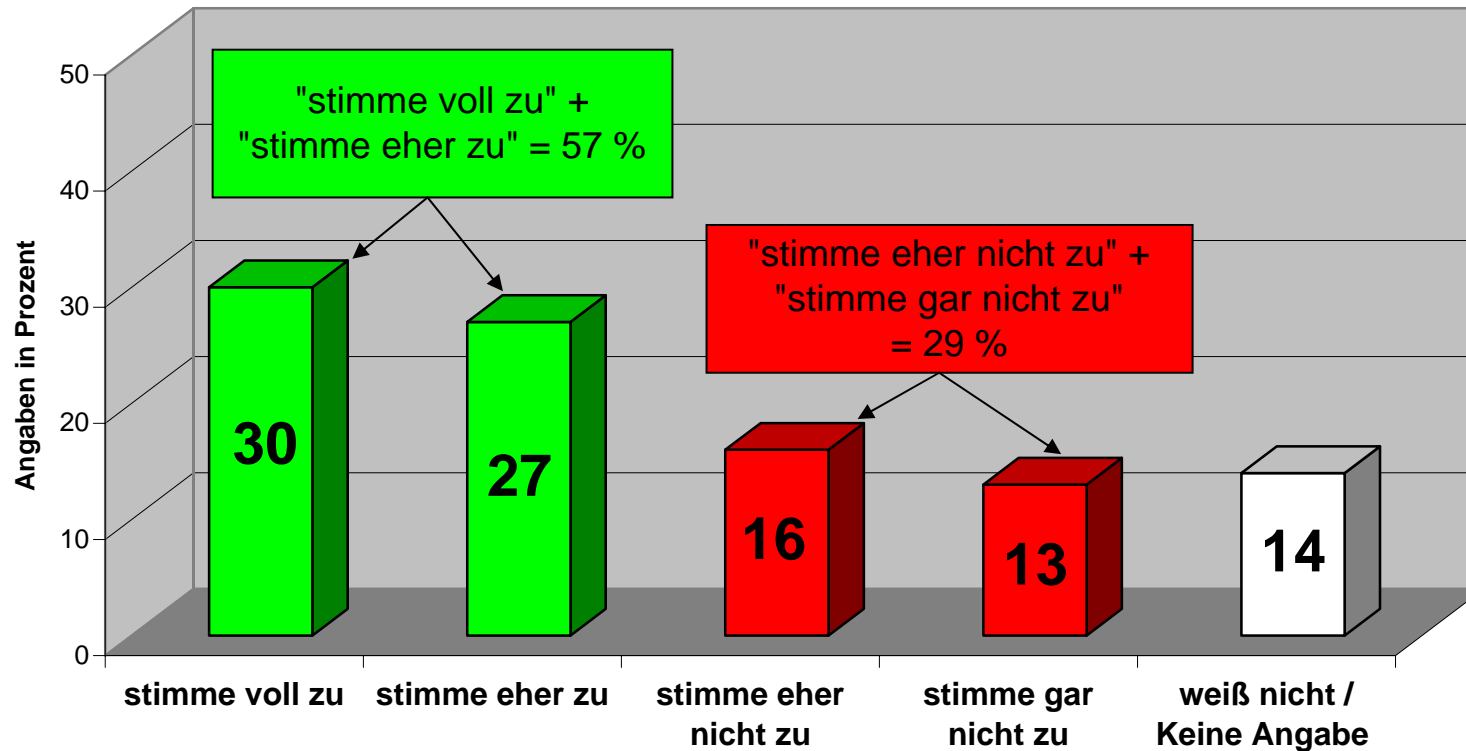
**Momentan steht die weltweite Finanz- und Bankenkrise im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Kann Österreich alleine die Folgen dieser weltweiten Wirtschaftskrise abfangen oder brauchen wir dazu die Europäische Union?**



Österreichische Gesellschaft  
für Europapolitik

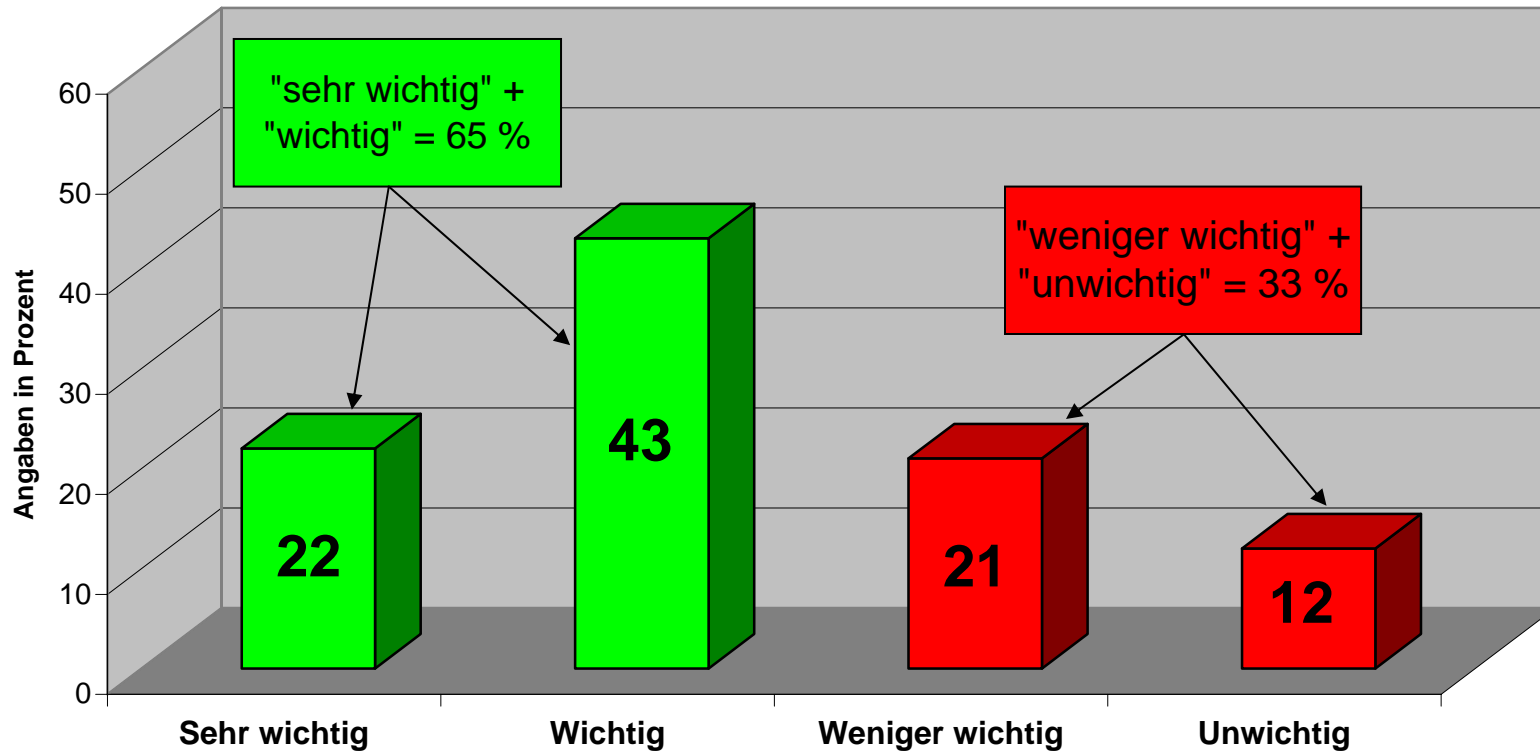


**Was sagen Sie zu folgender Aussage?**  
**"Kleine Länder, die NICHT den Euro als Währung haben, wie zum Beispiel Ungarn, leiden viel stärker unter einem Vertrauensverlust als die Euro-Länder."**

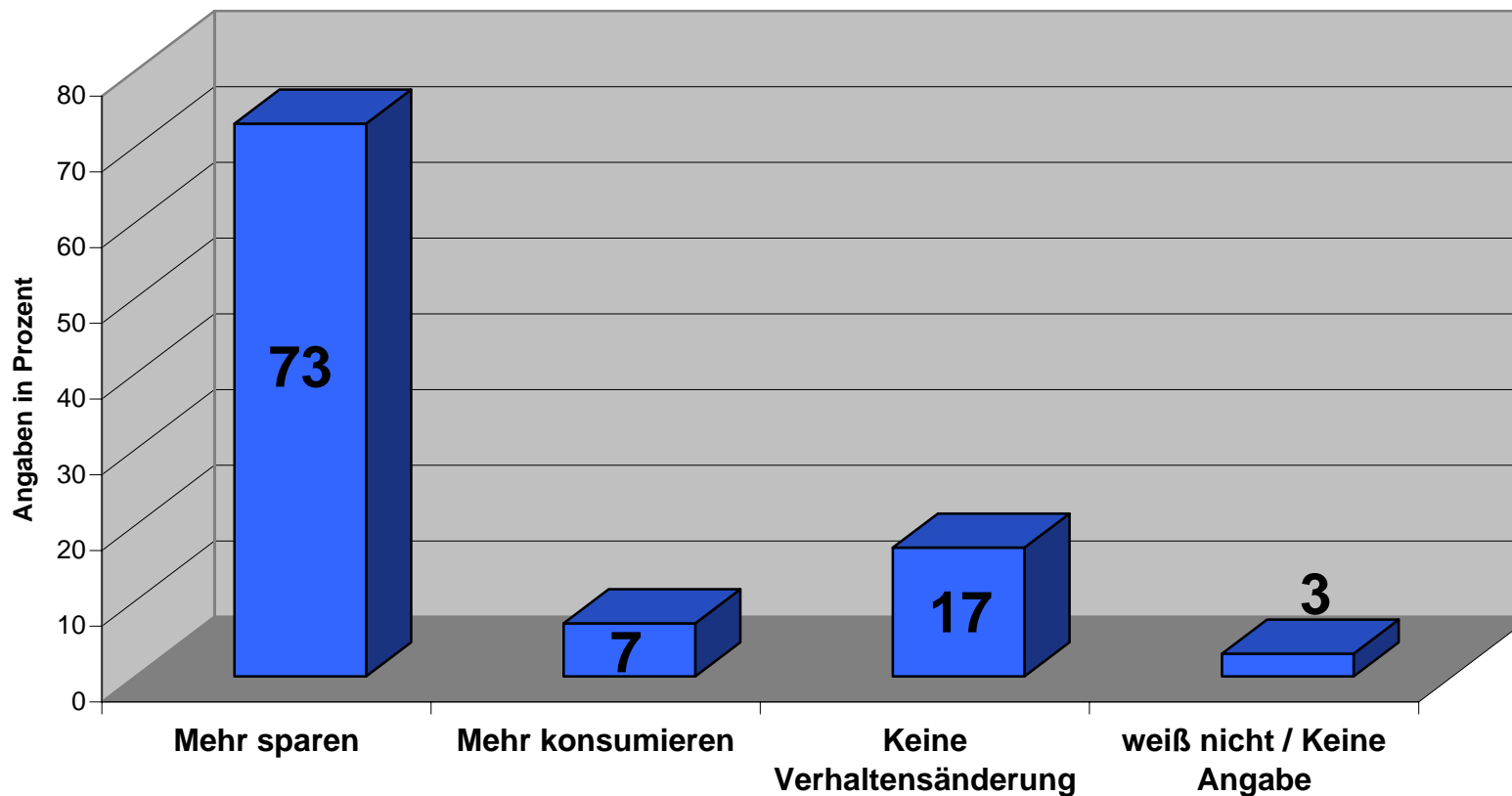


sterreichische Gesellschaft  
für Europapolitik

In jenen Ländern, die den Euro als Währung haben, kann man beim Einkauf von Waren und der Bezahlung von Dienstleistungen wie Taxi, Hotel etc. leichter Preisvergleiche anstellen als früher bei verschiedenen Währungen.  
Dieser Vorteil ist ...

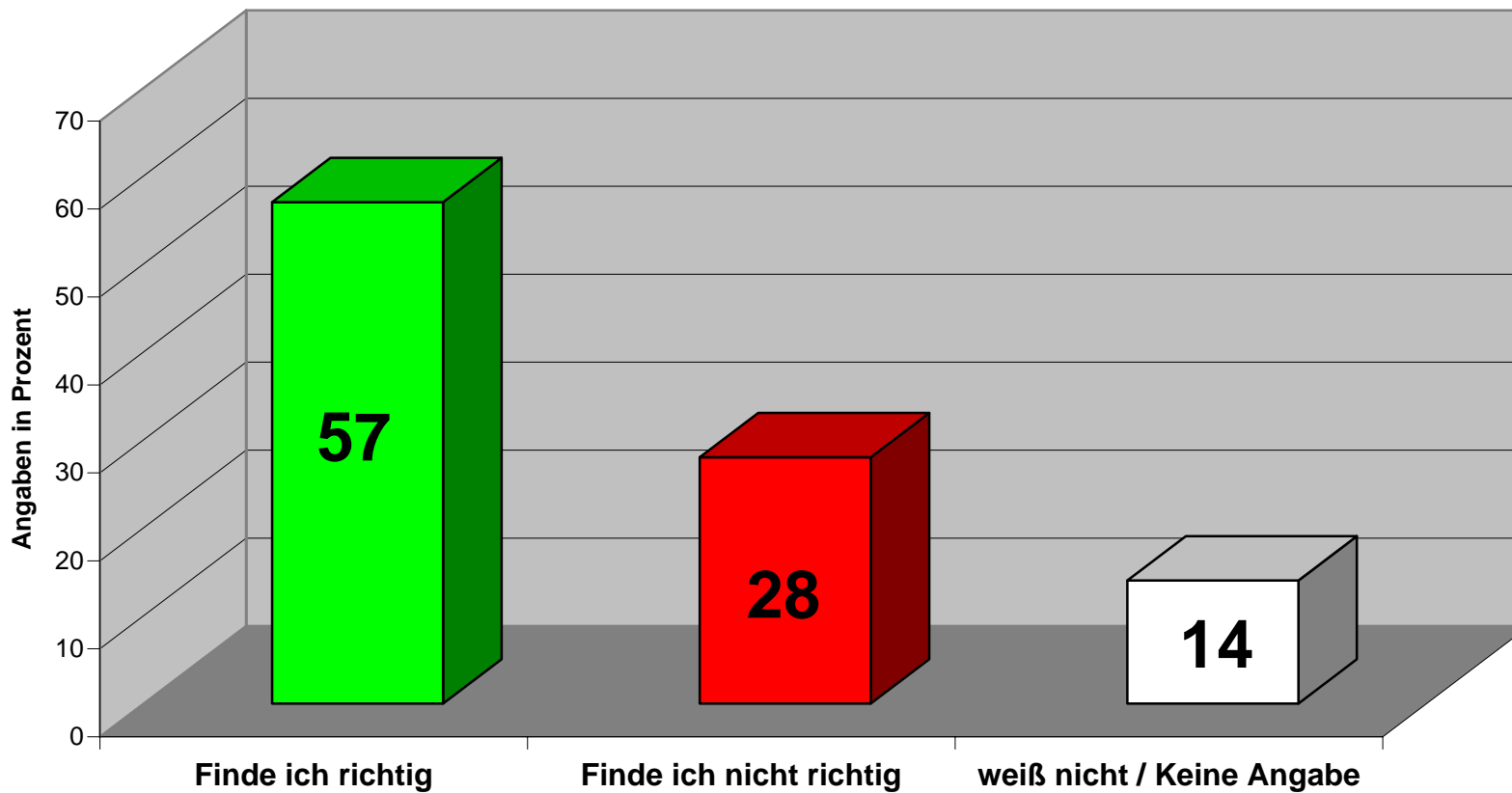


**Wie werden die privaten Haushalte reagieren, wenn sie fürchten, dass es mit der Wirtschaft bergab geht? Werden sie sparen? Mehr konsumieren? Oder sich unverändert verhalten?**



Österreichische Gesellschaft  
für Europapolitik

**Finden Sie es richtig, dass europaweit, aber auch in Österreich, Banken vor Zusammenbrüchen von der öffentlichen Hand abgesichert werden?**



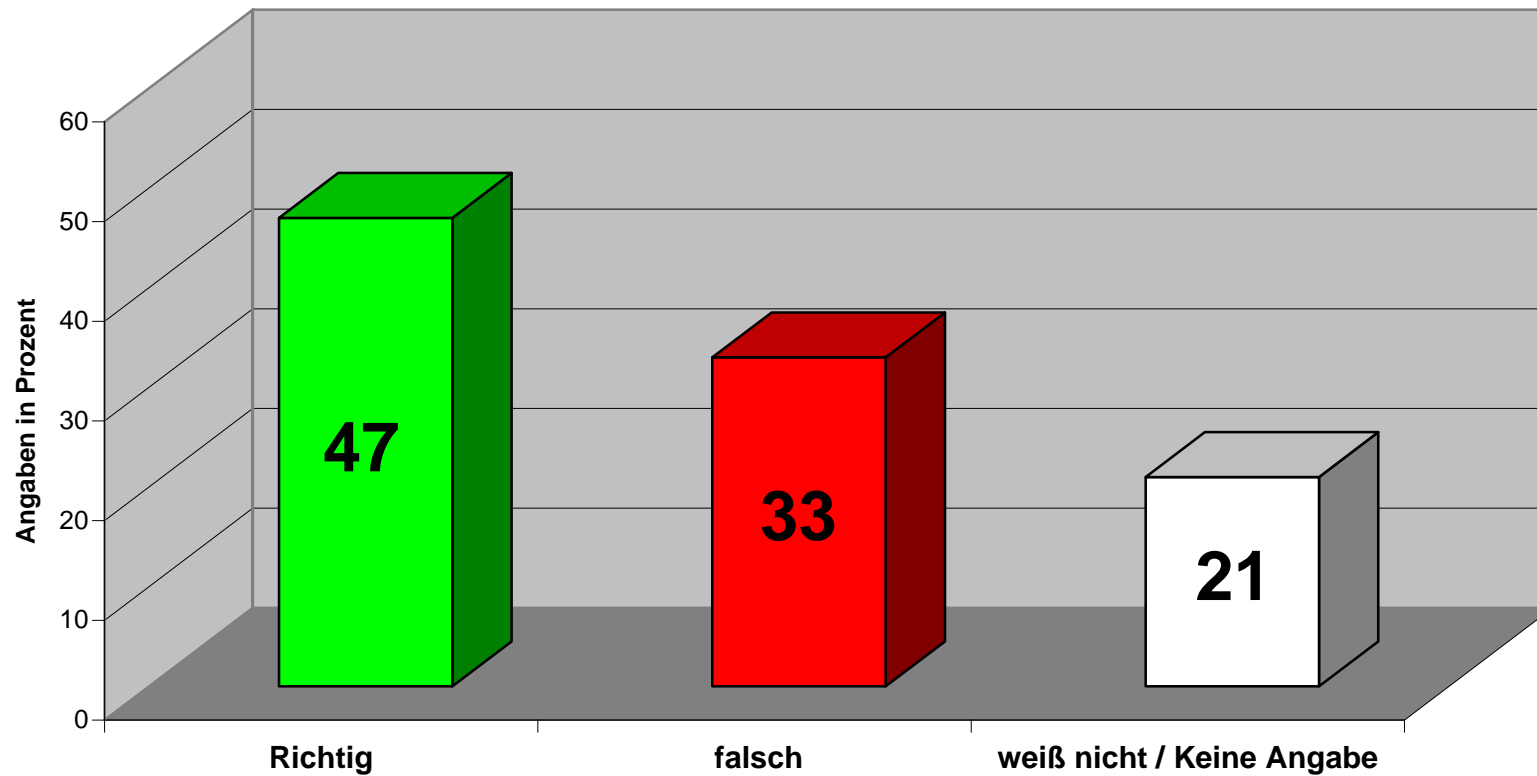
Tel SWS 182, November 2008, N=1016.

\*Differenz auf 100 % aufgrund gerundeter Werte.

Österreichische Gesellschaft  
für Europapolitik

[www.euro-info.net](http://www.euro-info.net)  
[europa@euro-info.net](mailto:europa@euro-info.net)

Einige Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind durch die Unterstützung der Banken von ihrem Grundsatz abgegangen, alles der freien Marktwirtschaft zu überlassen. Ist diese neue Politik, Ihrer Meinung nach, richtig oder falsch ?



Tel SWS 182, November 2008, N=1016.

\*Differenz auf 100 % aufgrund gerundeter Werte.

Österreichische Gesellschaft  
für Europapolitik

[www.euro-info.net](http://www.euro-info.net)  
[europa@euro-info.net](mailto:europa@euro-info.net)

**Stimmen Sie folgender Behauptung eher zu oder eher nicht zu?  
"Seit es die Krise der Finanz- und Realwirtschaft gibt, erkennen die Österreicher,  
wie wichtig die EU für uns ist."**

